



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

EU-BÜRGER WOLLEN RICHTUNGSÄNDERUNG BEI FISCHEREISUBVENTIONEN

FÖS-Briefing

ZUSAMMENFASSUNG

Am 22. und 23. Oktober werden die EU-Fischereiminister über eine Vorentscheidung der zukünftigen Ausrichtung von Fischereisubventionen in Europa beraten. Um im Vorfeld die öffentliche Meinung zu messen, hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) YouGov beauftragt, Einwohner von insgesamt 6 EU-Mitgliedstaaten zu ihrer Meinung über die Verwendung und Auswirkungen von Fischereisubventionen zu befragen. Die Ergebnisse zeigen klar, dass die Öffentlichkeit eine eindeutige Meinung zur Verwendung öffentlicher Gelder im Fischereisektor vertritt:

- 76 Prozent sprechen sich gegen die Zahlung von Subventionen aus, bevor klare Bewertungen über die Flottenstärke angestellt wurden.
- 68 Prozent vertreten die Ansicht, dass Subventionen primär zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung von Fischbeständen statt zur Finanzierung der Flotte verwendet werden sollten.
- 80 Prozent sind gegen die Vergabe von Subventionen an Fischer, die sich nicht an Fischereigesetze halten.

HINTERGRUND: ZERSTÖRERISCHE EFFEKTE VON FISCHEREISUBVENTIONEN

Subventionen werden mit Steuergeldern finanziert und zielen darauf ab, einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft eines Landes auszuüben. Abgesehen davon dass sich dieser Effekt nicht in jedem Fall einstellt, haben Subventionen darüber hinaus in einigen Fällen den negativen Effekt, falsche marktwirtschaftliche Anreize zu schaffen. Einige Subventionen haben sogar negative Folgen für die Umwelt. Einige direkte und indirekte Subventionen im Energie-, Verkehrs- oder Agrarsektor sind Beispiele dafür.¹

Während die Folgen von Subventionen im Energie- oder Agrarsektor in der Öffentlichkeit durchaus diskutiert werden, findet eine öffentliche Debatte über die zerstörerischen Effekte von Fischereisubventionen kaum statt. Dabei werden Fischereisubventionen mittlerweile weithin als eine Ursache von Überfischung bewertet.²

¹ Umweltbundesamt (2010): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland.

² S. z. B. 2002 Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development, S. 31 f.; 2005 WTO Hong Kong Ministerial Declaration Annex D 9; 2012 Rio+20 Abschlussdokument, Par. 173

50 Prozent der untersuchten Fischbestände im Atlantik sind überfischt, im Mittelmeer sind es 80 Prozent, und 5 von 7 Beständen in der Ostsee³. Innerhalb der EU ist weitgehend anerkannt, dass Fischereisubventionen maßgeblich zur Überfischung beigetragen haben, indem sie Flottenüberkapazitäten fördern⁴.

Anlässlich der anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und der Debatten um den zukünftigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) hat das FÖS eine repräsentative Meinungsumfrage in sechs EU-Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben, um die Einstellung der Bevölkerung zum Thema Fischereisubventionen in Erfahrung zu bringen.

METHODIK

Vom 14. bis 20. September 2012 wurden etwas mehr als 7.000 BewohnerInnen⁵ aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen befragt. Im Einzelnen wurden vier Fragen darüber gestellt, wie die Befragten Fischereisubventionen bewerten und wie sie eingesetzt werden sollten. Die repräsentative Umfrage wurde von dem Meinungsforschungsinstitut YouGov durchgeführt und basierte auf einer Online-Befragung. In der Auswertung wurden die Befragten nach Geschlecht, Alter und Region unterschieden.

FRAGEN UND ERGEBNISSE

Frage 1

Die Befragten wurden aufgefordert, den folgenden Aussagen zuzustimmen oder nicht zuzustimmen:

- Staatliche Beihilfen der EU an Fischer tragen zur Überfischung bei.
- Staatliche Beihilfen der EU sichern die wirtschaftliche Rentabilität der Fischereiindustrie.
- Durch staatliche Beihilfen der EU wird der Fisch im Supermarkt günstiger.

In der Literatur und Fachwelt wurde der kausale Zusammenhang zwischen Fischereisubventionen und Überfischung ausführlich dokumentiert, während Segmente der EU-Fangflotte tatsächlich auf Subventionen angewiesen sind, um Rentabel zu bleiben⁶.

Dennoch ergibt die Befragung zur Wirkung der Fischereisubventionen im Durchschnitt der sechs untersuchten Länder kein eindeutiges Meinungsbild: 44 Prozent stimmen zu, dass staatliche Beihilfen an Fischer zur Überfischung beitragen, während 36 Prozent dem widersprechen⁷. 56 Prozent

³ Europäische Kommission COM (2012) 278 endg.: Mitteilung der Kommission an den Rat: Konsultation zu den Fangmöglichkeiten 2013

⁴ S. etwa EU-Kommission (2008), Non Paper: Reflections on further reform of the Common Fisheries Policy; Sumaila, R. & Pauly, D. (2006) Catching more bait: A bottom-up re-estimation of global fisheries subsidies (2nd version), Fisheries Centre Research Reports 2006 Vol. 14 No. 6, University of British Columbia; Weltbank (2008) The Sunken Billions: The economic justification for fisheries reform. Weltbank/OECD (2005) Subsidies: A way towards sustainable fisheries? Policy Brief December 2005

⁵ 1.000 in Frankreich, 1.002 in Italien, 1.003 in Spanien, 1.001 in Polen, 1.086 in Deutschland und 2.001 in Großbritannien

⁶ S. z. B. Poseidon (2010), FIFG 2000–2006 Shadow Evaluation, verfügbar unter http://www.pewtrusts.org/uploadedFiles/wwwpewtrustsorg/Reports/Protecting_ocean_life/FIFG-evaluation.pdf, oder Sumaila et. al. (2009), Subsidies to High Seas Bottom Trawl Fleets and the Sustainability of Deep-sea Demersal Fish Stock, verfügbar unter <http://www.ecomarres.com/downloads/subsid3.pdf>

⁷ Stimme zu = (Stimme voll und ganz zu + Stimme eher zu); Stimme nicht zu = (Stimme eher nicht zu + Stimme überhaupt nicht zu)

stimmen zu, dass staatliche Beihilfen die wirtschaftliche Rentabilität der Fischereiindustrie sichern, während nur 28 Prozent dem widersprechen. Erstaunlicherweise stimmen nur 35 Prozent der Aussage zu, dass staatliche Beihilfen den Fisch günstiger machen, 47 Prozent widersprechen der Aussage.⁸

Die Antworten auf Frage 1 variieren zwischen den Mitgliedstaaten. So stimmt die Mehrzahl der Befragten in Polen und Spanien der Aussage *“Staatliche Beihilfen der EU an Fischer tragen zur Überfischung bei”* nicht zu, während Bürger aus Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien einer kausalen Verbindung eher zustimmen. Ein Erklärungsansatz für die uneinheitlichen Ergebnisse ist, dass in diesen Ländern bisher versäumt wurde, die Auswirkungen von Fischereisubventionen adäquat an die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

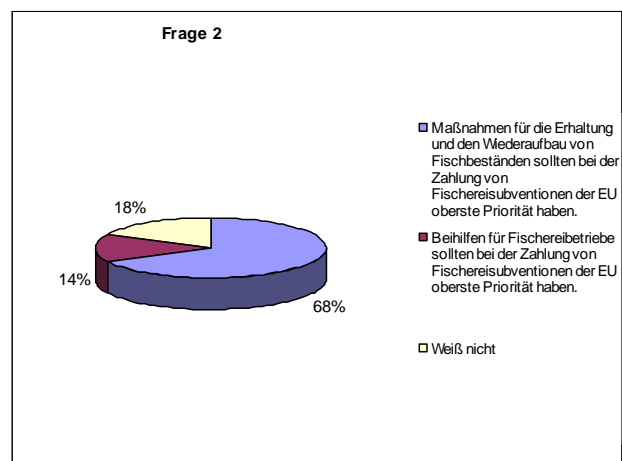
Frage 2

“Generell sind staatliche Beihilfen der EU unterteilt in Subventionen für Fischereibetriebe und für Maßnahmen, die die Fischbestände schützen und wieder aufbauen sollen, wie beispielsweise die Erhebung wissenschaftlicher Daten über Fischbestände oder die Bekämpfung illegaler Fischerei. Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten?”

Befragte konnten wählen zwischen zwei Aussagen und *“Weiß nicht”*.

Bei 14 Prozent der Befragten kam dabei die Aussage: *„Beihilfen für Fischereibetriebe sollten bei der Zahlung von Fischereisubventionen der EU oberste Priorität haben“* ihrer Meinung am nächsten.

68 Prozent der Befragten gaben an, die Aussage *„Maßnahmen für die Erhaltung und den Wiederaufbau von Fischbeständen sollten bei der Zahlung von Fischereisubventionen der EU oberste Priorität haben“* komme ihrer Meinung am nächsten.



Die derzeitige EU- Politik bei Fischereisubventionen bevorzugt vor allem einzelne Fischer als dass die Gelder für öffentliche Dienstleistungen wie Forschung und Datenerhebung verwendet werden. Aktuell subventioniert die EU den Fischereisektor mit etwa 836 Mio. Euro jährlich für strukturelle Maßnahmen⁹ sowie mit weiteren rund 156 Mio. Euro für Fischereipartnerschaftsabkommen¹⁰. Im Vergleich dazu fällt die Förderung von Forschung und Datenerhebung sowie von Maßnahmen zur Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften mit weniger als 50 Mio. Euro pro Jahr und Förderbereich weit geringer aus¹¹.

Vor diesem Hintergrund können die Umfrageergebnisse so interpretiert werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich für die stärkere Verwendung öffentlicher Gelder für Maßnahmen, die die Fischbestände schützen und wieder aufbauen sollen, ausspricht. Dazu zählen z.B. die Förderung von Forschung und Datenerhebung sowie Maßnahmen zur Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften.

⁸ Die jeweils verbleibende Prozentzahl von 100 Prozent antwortete „weiß nicht“

⁹ Z. b. Modernisierung der Flotte und Ausbau der Infrastruktur

¹⁰ Fischereipartnerschaftsabkommen garantieren Fangschiffen der EU den Zugang zu externen Fanggebieten

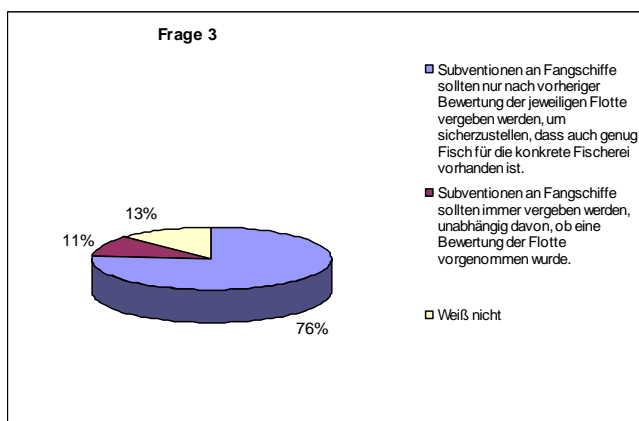
¹¹ Vgl. etwa den Sonderbericht des EU-Rechnungshofs Nr. 7/2007 über die Überwachungs-, Inspektions- und Sanktionssysteme betreffend die Vorschriften zur Erhaltung der gemeinschaftlichen Fischereiresourcen

Frage 3

“Es gibt viele verschiedene Arten von Fangschiffen, die an verschiedenen Orten verschiedene Arten von Fisch fangen. Das Resultat ist, dass viele Fischbestände zur Neige gehen. Bewertungen der Flotten dienen dazu, die Größe und das Fangvermögen der Fischereiflotten an die Menge von Fisch anzupassen, welche sicher gefangen werden kann. Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung am nächsten?”

Befragte konnten wählen zwischen zwei Aussagen und “Weiß nicht”.

76 Prozent der Befragten gaben an, die Aussage “Subventionen an Fangschiffe sollten nur nach vorheriger Bewertung der jeweiligen Flotte vergeben werden, um sicherzustellen, dass auch genug Fisch für die konkrete Fischerei vorhanden ist.” komme ihrer Meinung am nächsten.



11 Prozent der Befragten wählten die Aussage „Subventionen an Fangschiffe sollten immer vergeben werden, unabhängig davon, ob eine Bewertung der Flotte vorgenommen wurde.“ als die, die ihrer Meinung am nächsten kommt.

Das tatsächliche Fangvermögen der EU-Fangflotte ist unbekannt. Trotzdem erhält der Fischereisektor Subventionen unabhängig davon, ob bereits jenseits nachhaltiger Fangmengen gefischt wird. Obwohl die spezifischen Daten nicht ausreichten, um bestimmte Subventionen in direkte Verbindung

mit dem Zustand von Fischbeständen zu bringen, konnte nachgewiesen werden, dass die EU zwischen 2000 und 2008 über 30 Millionen Euro in Subventionen für die Fischerei auf Blauflossen-Thunfisch investiert hat, trotz der bekannten Bedrohung dieser Spezies¹².

Das Resümee aus den Antworten zu Frage 3 lautet, dass die EU Bürger nicht länger wollen, dass Fangschiffe subventioniert werden, wenn sich die Bestände in keinem guten Zustand befinden. Die Befragten erkennen die Notwendigkeit einer an die Fischbestände angepassten Flotte an.

Frage 4

„Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu bzw. nicht zu? Fischer, die gegen die europäischen Regeln der Fischerei verstoßen, sollten keine Unterstützung durch staatliche Beihilfen der EU erhalten.“

80 Prozent der Befragten stimmten mit der Aussage überein¹³.

EU-Bürger halten es für nicht akzeptabel, dass einzelne Fischer, die bereits gegen das EU-Fischereirecht verstoßen haben, weiterhin Subventionen erhalten. Dies ist jedoch derzeit der Fall in der EU¹⁴. Fischer können heute gegen die Regeln der europäischen Fischerei verstoßen und morgen von öffentlichen Fördermitteln zur Modernisierung ihrer Fangschiffe profitieren. Eine Liste von Fangschiffen die an schweren Verstößen beteiligt sind und trotzdem Fischereisubventionen erhalten haben, findet sich unter <http://fishsubsidy.org/infringements/>.

¹² <http://www.greens-efa.eu/de/eu-subsidies-to-bluefin-tuna-fishing-fleets-3052.html>

¹³ Stimme überein = (Stimme voll und ganz zu + Stimme eher zu)

¹⁴ Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik

FAZIT

Trotz der Tatsache dass die EU-Politik der Fischereisubventionen kaum Gegenstand öffentlicher Debatten ist, zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass die Bürger sich sehr wohl eine Meinung bilden wenn es darum geht, wie ihre Steuergelder im Fischereisektor verwendet werden sollten. Die Mehrheit der EU-Bürger wünscht sich demnach einen stärkeren Fokus auf die Förderung von Maßnahmen für die Erhaltung von Fischbeständen, statt immer weitere Subventionen für die Modernisierung von Fangschiffen zu vergeben. Nicht zuletzt hat die Öffentlichkeit ein starkes Interesse daran, dass Fischer, die gegen die geltenden Regeln der Fischerei verstoßen, nicht weiter von öffentlichen Geldern profitieren sollten.

Die Antworten der Befragten zeigen eindrucksvoll, dass die EU-Bürger sich für eine fundamentale Richtungsänderung der derzeitigen Politik und Zielangaben von Regierungen in der Reform der GFP und der EU-Subventionspolitik aussprechen.

Währenddessen führte die Frage, ob die Befragten Fischereisubventionen mit Überfischung, der wirtschaftlichen Rentabilität der Industrie oder den Produktpreisen in Verbindung bringen, zu eher uneindeutigen Ergebnissen. Da die Verbindung zwischen Subventionen und Überfischung ausreichend dokumentiert ist, besteht hier offenbar Handlungsbedarf für Entscheidungsträger, den Fischereisektor, aber auch für Umwelt- und Naturschutzverbände, die Öffentlichkeit stärker über diese kausalen Zusammenhänge zu informieren.

HANDLUNGSBEDARF FÜR ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

Bis Anfang 2013 werden EU-Entscheidungsträger über den zukünftigen Weg der Gemeinsamen Fischereipolitik sowie der strukturellen Ausrichtung von Fischereisubventionen entscheiden. Während der Gespräche und Verhandlungen zu der Reform der GFP und des neuen Fischereifonds EMFF müssen die EU Fischereiminister sowie die Abgeordneten im Europäischen Parlament die Meinung ihrer Bürger ernst nehmen und eine zukunftsfähige Politik in ihrem Sinne gestalten. Die Ergebnisse der Umfrage weisen darauf hin, dass die Bürger der EU sich für einen fundamentalen Richtungswechsel bei der Verwendung von Fischereisubventionen aussprechen.

ÜBER UNS

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch- soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.

<http://www.foes.de/>

Das FÖS ist über sein Europäisches Projekt Green Budget Europe Mitglied der Ocean2012-Koalition.

<http://www.foes.de/internationales/green-budget-europe/>

<http://ocean2012.eu>

KONTAKT

Sebastian Buschmann, FÖS: 030 76 23 991 46 / Sebastian.buschmann@foes.de

Mike Walker, Pew Environment Group: +32 476 622 575 / mwalker@pewtrusts.org